



Die Landessynode hat beschlossen:

1. Die Landessynode nimmt den Bericht des Diakonischen Werkes mit dem Schwerpunktthema „Evangelische Kindertagesstätten“ zustimmend zur Kenntnis und dankt dem Diakonischen Werk für die fundierte Beschreibung der Situation der evangelischen Kindertageseinrichtungen und die Darstellung der Aktivitäten zu deren Unterstützung. Sie erinnert an die ihre eigene EntschlieÙung vom 26.04.2008 und bekräftigt: Evangelische Kindertagesstätten in kirchlicher und diakonischer Trägerschaft sind religiöse Bildungsorte, in denen für Kinder die erste Grundlegung eines christlichen Glaubens erfolgen kann. Sie sind deshalb ein Zukunftsthema für unsere Kirche, das besondere Aufmerksamkeit braucht.
2. Die Landessynode dankt den Leiterinnen und MitarbeiterInnen in den Evangelischen Kindertagesstätten, den Trägern der Einrichtungen sowie den Referentinnen und FachberaterInnen in der Diakonie Mitteldeutschland für ihre engagierte Arbeit. Sie bittet darum, neben allen gesetzlichen Erfordernissen an Qualität und Inhalt (Bildungsplan und –programm) weiterhin ein besonderes Augenmerk auf evangelisches Profil und religiöse Bildung in der täglichen Arbeit zu legen.
3. Die Landessynode bittet die Kirchenkreise, Kindertagesstätten in regionale Bildungskonzepte mit aufzunehmen und ihre Vernetzung mit evangelischen Schulen und der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien zu unterstützen.
4. Die Landessynode unterstreicht die Bedeutung des Themas „Inklusion und Teilhabe“ und bittet insbesondere die staatlichen Akteure um differenzierte Betrachtung bei der Umsetzung von inklusiver Bildung und um die Nutzung der fachlichen Expertise der freien Träger. Die Landessynode bekräftigt: Inklusion ist auch im Bildungsbereich kein Sparmodell!
5. Die Landessynode macht sich die Kundgebung der Mitgliederversammlung der Diakonie Mitteldeutschland vom 05. November 2013 zu m Thema „Inklusion und Teilhabe von Flüchtlingen und Migranten“ zu eigen und bekräftigt:
„Wir setzen uns für eine menschenrechtsbasierte Migrations- und Asylpolitik ein. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik. Rechtliche und gesellschaftliche Zugangsbarrieren müssen abgebaut werden.
Der Zugang zum Arbeitsmarkt sollte ungehindert sein, das Asylbewerberleistungsgesetz und die Residenzpflicht abgeschafft werden.
Wir unterstützen die Forderung von Flüchtlingen, die Bedingungen in den Aufnahme-lagern Halberstadt und Eisenberg grundlegend zu verbessern und setzen uns für eine Unterbringung in menschenwürdigen Unterkünften mit ungehindertem Zugang zu Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangeboten ein. Bevorzugt sollen Asylsuchende in Einzelunterkünften wohnen können. Wir fordern eine familienfreundliche Aufnahmepolitik, eine Erleichterung der Einreise von Familienangehörigen und einen dauerhaften Schutz von Familien.“